

Haushaltsrede 2018

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ich spreche hier im Namen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der UWG, der FDP und der SPD.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Steuereinnahmen sprudeln: Der Bund hat zum wiederholten Male Milliarden-Überschüsse erzielt. NRW hat einen ausgeglichenen Haushalt und erzielt ebenfalls erhebliche Überschüsse. Leider gilt nur für einige wenige strukturstarke Kommunen in NRW.

Waldbröl gehörte seit Jahrzehnten zu den struktur- und einkommensschwachen Kommunen mit einem defizitären Haushalt.

Seit 2013 befinden wir uns jedoch auf einem Konsolidierungskurs, der eingebettet ist in ein Haushaltssicherungskonzept. Die strukturelle Entwicklung wird dabei im Wesentlichen getragen durch zwei Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte, die wir gemeinsam mit der Fa. ASS erarbeitet haben und Schritt für Schritt umsetzen. Ein Fördervolumen von mehr als 20 Mio. Euro spricht in diesem Zusammenhang eine deutliche Sprache.

Waldbröls Attraktivität steigt seit einigen Jahren kontinuierlich und die Bautätigkeit zieht mächtig an. Das neueste Großprojekt in diesem Bereich ist die Erschließung der „Breuers Wiese“ an der Turnerstraße.

In einem entscheidenden Stadium befindet sich auch die Entwicklung unseres neuen Industriegebietes Hermesdorf V. Dort steht in Kürze eine 30.000 m² große GI-fläche zur Besiedelung an, die eine dauerhafte, positive Auswirkung auf unsere Steuerkraft in Waldbröl haben wird. Neben der zu erwartenden Gewerbesteuer werden sich dadurch auch positive Effekte bei der Umsatz- und Einkommensteuer einstellen.

Alle diese positiven Zukunftsaussichten würden wir gefährden, würden wir die Steuerhebesätze jetzt extrem anheben und damit die vorgenannten zusätzlichen Einnahmequellen verschließen, bevor sie begonnen haben zu sprudeln.

Eine Gewerbesteuererhöhung, wie in 2016 von der Verwaltung vorgeschlagen und dann leider auch so beschlossen, würde das Projekt „Gewerbepark Hermesdorf V“ zu einem Millionengrab werden lassen. Wir liegen mit unserem aktuellen Hebesatz von 570 Prozentpunkten zurzeit auf Platz 2 der „Bestenliste“, knapp hinter Oberhausen mit 580 Prozentpunkten. Auch bundesweit rangieren wir ganz oben. Eine weitere Anhebung der Gewerbesteuer hätte fatale Folgen.

Von den 396 Kommunen in NRW liegen lediglich 27 Kommunen auf 500 oder mehr Hebesatzpunkten. In Oberberg liegen nur Engelskirchen mit 503 Hebesatzpunkten und Waldbröl darüber. In unseren Nachbarkreisen Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein gibt es keine einzige Kommune. Zum Vergleich: Attendorn liegt bei 395 Prozentpunkten. Im Rhein-Sieg-Kreis liegen nur 4 Kommunen über 500 Prozentpunkten.

Uns war bereits in den Haushaltsberatungen 2017 klar, dass aufgrund der ungleichen Konkurrenzlage mit den Nachbarkommunen unser Gewerbepark leer bleiben würde. Dies wurde dann auch in den Gesprächen mit Vertretern des GIV mehr als deutlich.

Diese spezifische Situation hat uns dazu bewogen, die Gewerbesteuerhebesätze mit unserem Antrag zu senken und auf dem aktuellen Niveau von 570 Prozentpunkten bis einschließlich 2022 festzuschreiben. Damit wollen wir den Unternehmen signalisieren, dass sie hier in Waldbröl investieren können und mittelfristig dabei nicht mit noch höheren Gewerbesteuern rechnen müssen.

Im Bereich der Grundsteuer B haben wir uns entschieden, ebenfalls die Hebesätze festzuschreiben und damit die einsetzende Bautätigkeit zu stützen. Dabei sind wir bereit, die Hebesätze von aktuell 620 Prozentpunkten auf 680 in diesem Jahr anzuheben und bis 2021 festzuschreiben.

Wir wollen das zarte Pflänzchen „strukturelle Entwicklung“ gießen und nicht jetzt, nachdem es erkennbar Wurzeln geschlagen hat, vertrocknen lassen.

Wenn wir jetzt, einige Monate bevor die Vermarktung der „Breuers Wiese“ beginnt, die Grundsteuer B so extrem anheben und jedes Jahr weiter in erheblichem Maße steigern, wie dies von der Verwaltung vorgeschlagen wird, wird dies sehr negative Folgen auf die Bereitschaft haben, in Waldbröl Eigentum zu erwerben oder zu bauen.

Wir wollen auch in diesem Bereich der Entwicklung unserer Stadt eine Chance für die Zukunft geben und nicht die Baukonjunktur und den einsetzenden Zuzug nach Waldbröl stoppen. Denn mehr Hausbesitzer bedeuten mehr Grundsteuer B, mehr Einwohner bedeuten mehr Verdienst und damit mehr Anteile an der Einkommensteuer, mehr Einkommen insgesamt in Waldbröl bedeutet mehr Umsatz für Handel, Dienstleistung und Gewerbe.

Von all dem profitiert nicht zuletzt der Haushalt der Stadt Waldbröl. Dadurch stabilisiert sich die Finanzlage, wird die strukturelle Entwicklung unserer Kommune gestärkt und Waldbröl zukunftsfähig gemacht.

Letztlich wollen wir mit moderateren Steuererhöhungen unserer insgesamt noch immer einkommensschwachen Bevölkerung mehr Geld zur Verfügung lassen, damit die aktuellen Tarifierhöhungen auch für Umsatz und Konsum in unserer Stadt zur Verfügung stehen und nicht direkt ins Rathaus weitergeleitet werden müssen.

In diesem Spannungsfeld haben wir nach dem Eingang der Auflagen der Kommunalaufsicht zur Genehmigung des Haushaltes 2017 intensiv gearbeitet und die aktuelle Datenbasis des städtischen Haushaltes analysiert.

Im Ergebnis ergibt sich heute folgende Situation:

Wir erfüllen die Auflage 2, indem wir nicht das uns zugestandene Defizit im Liquiditätssaldo des Verwaltungshaushaltes in Höhe von ca. 340 T€ in 2018 ausschöpfen, sondern einen Überschuss in Höhe von ca. 300 T€ erzielen.

In den Jahren 2019 bis 2021 steigert sich der Überschuss bis auf rund 1 Mio. € pro Jahr. Das bedeutet allein für 2018 eine Verbesserung des Liquiditätssaldos gegenüber den Vorgaben der Kommunalaufsicht von ca. 640 T€.

Die Stadt Waldbröl braucht daher in Zukunft keine weiteren Liquiditätskredite mehr aufzunehmen und kann damit sowohl die Tilgung der investiven Darlehen fortsetzen wie auch die Tilgung der Liquiditätskredite nachhaltig einleiten.

Die Auflage 3 wird ebenfalls erfüllt, weil sich die Einnahmen stärker verbessert haben, als im genehmigten Haushalt von 2016 kalkuliert.

Darüber hinaus bleibt festzustellen, dass der Haushaltsplanentwurf auf der Grundlage der von uns beantragten Hebesätze alle Entscheidungskriterien des Haushaltssicherungskonzeptes erfüllt.

Denn im Zieljahr 2022 wird ein Eigenkapital in Höhe von ca. 4,4 Mio. € ausgewiesen und liegt damit deutlich über den von der Kommunalaufsicht in 2016 genehmigten 2,34 Mio. €. Auch hier eine Verbesserung von mehr als 2 Mio. €. Somit trifft die Aussage der Kommunalaufsicht, dass sich das Eigenkapital im Zieljahr um nahezu 5,3 Mio. € verringert, nicht mehr zu. **Tatsächlich erreichen wir fast eine Verdoppelung des Eigenkapitals.**

Im Zieljahr 2022 wird zudem der strukturelle Jahresausgleich erreicht. Der Haushaltsplanentwurf 2018 ff. weist einen Jahresgewinn in Höhe von ca. 62 T€ für das Jahr 2022 aus.

Lediglich in der Auflage 1 erfüllen wir nicht die Forderungen der Kommunalaufsicht. Hier sollen wir Mindererträge, die durch den Verzicht von Maßnahmen in der Maßnahmenplanung entstanden sind, durch Steuererhöhungen ausgleichen.

Dies, obwohl die Finanzsituation der Stadt Waldbröl, auch ohne die im Haushaltssicherungskonzept festgeschriebenen und nicht vollzogenen Einsparungen, positiver ist, als in 2016 mit den Einsparungen kalkuliert, und obwohl sie im Einzelfall sachlich auch nicht mehr geboten waren.

Ein Beispiel dafür ist die Aufgabe/Schließung der Heidberghalle. In 2015/2016 ging man noch von sinkenden Schülerzahlen aus. Mittlerweile wurde jedoch deutlich, dass unsere Schülerzahlen zumindest stagnieren bzw. in den nächsten Jahren wieder steigen werden.

Sollten wir die Halle trotzdem schließen? Das wäre laut Kommunalaufsicht nicht schädlich gewesen und wir hätten dafür keine zusätzliche Steuererhöhung gebraucht. Wäre in der Sache aber total verfehlt gewesen, weil unsere Schülerinnen und Schüler sie auch in Zukunft für ihren Sportunterricht dringend benötigen.

Wir möchten aber weiterhin in das hohe Gut der Bildung investieren und unseren Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft unser Schulzentrum und alle damit verbundenen Gebäuden zur Verfügung stellen.

Damit haben wir verantwortlich, zukunftsweisend und nachhaltig reagiert und sanieren die alte Halle mit Fördermitteln. Trotzdem sollen wir nach Vorgaben der Kommunalaufsicht diesen sogenannten Maßnahmenausfall noch durch Steuererhöhungen ausgleichen.

Das macht einfach keinen Sinn. Hier muss die kommunale Selbstverwaltung vor Ort Vorrang haben vor einer nur auf einer rechtstheoretischen Rechtslage prüfenden Aufsichtsbehörde.

Neben den nicht generierten Maßnahmenwerten sollen wir darüber hinaus auch noch die Differenz auf unsere Steuersätze aufschlagen, die durch die moderatere Steigerung der Steuersätze in 2017 entstanden ist. Und das, obwohl die Einnahmen im Haushalt deutlich über den Werten des genehmigten Haushaltes 2016 ff. liegen.

Die Kommunalaufsicht will nur die Haushaltsverbesserungen akzeptieren, die strukturelle Ursachen haben. Wir haben dazu ein mehrseitiges Schreiben verfasst, das der Verwaltung vorliegt, in dem wir begründen, dass die positive Haushaltssituation und die weitere Entwicklung nicht nur konjunkturell, sondern insbesondere auch strukturell beeinflusst ist und auch weiterhin werden wird.

Als wir 2013 in das Haushaltssicherungskonzept eingetreten sind, haben wir uns gleichzeitig um die Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes bemüht. Mittlerweile haben wir das zweite Konzept gemeinsam mit der Gemeinde Windeck unter Dach und Fach und haben damit deutlich gemacht, dass wir nicht die Hände in den Schoß legen und uns auf Andere verlassen und auf eine kommunale Finanzreform warten wollen. Nein, wir haben die Zukunft unserer Stadt in die eigenen Hände genommen und arbeiten seit Jahren an der strukturellen Verbesserung unserer Position.

Ich hoffe, ich konnte aufzeigen, dass wir eine verantwortungsvolle politische Position bezogen haben, die aus der Sorge um die Zukunft unserer Stadt entstanden ist.

Deshalb wundert es uns sehr, dass Sie, Herr Bürgermeister, keine Gelegenheit auslassen, um deutlich zu machen, dass man, ich zitiere: „die Probleme von heute nicht in die Zukunft verschieben kann.“

Genau das täten wir aber, wenn wir, wie Sie es vorhaben, jetzt die Steuern stark ansteigen lassen und die Entwicklung unserer Stadt damit blockieren würden.

Eigenartig ist in diesem Zusammenhang auch, dass Sie in 2017 ebenfalls für die moderaten Steuersätze gestimmt haben und Ihre Zukunftsproblematik damals wohl noch ganz anders gesehen haben.

Wir wissen nicht, was Sie antreibt, jetzt die exorbitanten Steuererhöhungen durchsetzen zu wollen. Aber wir fordern sie hiermit auf, mit unserem Schreiben zur strukturellen Entwicklung unserer Stadt, das wir ihnen zugesandt haben, zur Kommunalaufsicht zu fahren und sich gemeinsam mit uns dafür einsetzen, dass die Kommunalaufsicht in Anbetracht der Sachlage die uneingeschränkte Genehmigung des Haushaltes 2018 ff. erteilt, sollte unser Antrag eine Mehrheit finden.

Dabei hilft Ihnen vielleicht der Passus aus der Genehmigung 2017 der Kommunalaufsicht, der da lautet:

„Eine Ausnahme vom Prinzip der vollständigen Umsetzung der Haushaltsverbesserungsmaßnahmen bei der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes kann nur dann in Betracht gezogen werden, wenn sich die Haushaltssituation nachhaltig und erheblich strukturell verbessert hat, so dass im Hinblick auf eine erkennbar gesicherte Haushaltsbewirtschaftung in der Zukunft die Maßnahmenumsetzung für die Kommune nachteilig wäre.“

Ich füge hinzu: Eine solche Situation ist bei der Stadt Waldbröl zweifelsfrei gegeben! Die Kommunalaufsicht sollte diese Option ziehen.

Eins bleibt für uns immer noch schleierhaft:

In Berlin und in Düsseldorf freut man sich inzwischen nach wie vor über höhere Steuereinnahmen, vereinnahmt sie und arbeitet politisch damit. Dort scheint es keine Bedeutung zu haben, ob strukturelle und/oder konjunkturelle Verbesserungen ursächlich sind.

In Waldbröl sollen wir dezidiert unterscheiden zwischen konjunkturellen und strukturellen Verbesserungen. Trotz guter Einnahmen werden wir aufgefordert, die Steuern zu erhöhen, weil man die konjunkturellen Verbesserungen nicht anerkennt.

Gerechtigkeit und kommunale Selbstverwaltung sehen anders aus!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Bernd Kronenberg